

Dokumentation

Afrika-Seminartag der Hellwegregion



„Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika“

Samstag, 5. Juni 2010, 9.30-18.00 Uhr
VHS Hamm - Hohe Straße 71, 59065 Hamm



Herausgegeben von



**Forum für Umwelt und
gerechte Entwicklung e.V.**

FUGe, Widumstr. 14, 59065 Hamm, Tel. 02381 - 41511, Fax. 02381 - 431152,
Email: fuge@fuge-hamm.de Internet: <http://www.fuge-hamm.de>

Mit der freundlichen Unterstützung durch InWEnt
aus Mitteln des BMZ und EED

inWEnt
Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH
aus Mitteln des BMZ



„Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika“

5. Juni 2010, von 9.30 Uhr bis 18.00 Uhr, VHS Hamm, Heinrich-von-Kleist-Forum

Inhaltverzeichnis

Zum Ablauf des Afrika-Seminar im Juni 2010 in Hamm	1
Einschätzung zum Thema Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika mit Lars Bütke (FUGe)	2
10.00 Uhr – Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika mit Prof. Dr. Christof Hartmann (Internationale Politik und Entwicklungspolitik, Universität Duisburg-Essen).....	3
11.15 Uhr – Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun mit Regina Riepe (Pädagogin) und Mireille Mayam Meyanga (Initiativkreis afrikanischer Vereine OWL, Kamerun).....	5
13.30 Uhr – Zur Rolle der Zivilgesellschaft, Kirche und NGOs bei der Demokratisierung in der DR Kongo mit Heinz Rothenpieler (Dialog International), Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo), Irene Freimark-Zeuch (L-H-L) und Heinz Schmidt (AK Mission-Entwicklung-Frieden, Lippborg).....	6
15.00 Uhr – Menschenrechtsarbeit und Demokratisierung in Ruanda mit Joel Sengi (Pax Christi, Ruanda), Moderation: Marc Stefaniak (Hammer Forum)	7
16.00 Uhr – Flüchtlingsproblematik und politische Entwicklung in Simbabwe mit Christoph Beninde (Simbabwe Netzwerk).....	8
16.30 Uhr – Die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft SADC und Simbabwe mit Claudia Kasten (Hammer Forum)	9
17.00 Uhr – Chancen auf Frieden in Tschad? mit Abdallah Diop (Lernen-Helfen-Leben, Tschad).....	11
17.30 Uhr – Darfur, Südsudan, Ostsudan – Konflikte ohne Ende? mit Dr. Kajo Schukalla (Gesellschaft für bedrohte Völker)	12
18.00 Uhr – Abschließende Auswertung des Seminartages und Ausblick mit Marcos Antonio da Costa Melo und Marc Stefaniak (FUGe)	13
Zum Filmausschnitt „Alptraum im Fischerboot – Afrikas Flüchtlinge und Europas Fischereipolitik“ von Klaus Marten und Michael Grytz mit Marcos Antonio da Costa Melo und Marc Stefaniak (FUGe)	14



Zum Ablauf des Afrika-Seminar im Juni 2010 in Hamm

Die Wahl von Nelson Mandela zum Staatschef Südafrikas 1994 gehört zweifellos zu den gelungensten Beispielen von Demokratisierung. Robert Mugabe dagegen regiert das einst aufstrebende Simbabwe seit Jahren als Diktator und treibt das Land in den wirtschaftlichen Ruin. Auf einem guten Weg ist Ghana mit John Atta Mills, der seit Januar 2009 Präsident des westafrikanischen Landes ist. 18 der 53 Staaten Afrikas haben im Jahr 2009 eine „demokratisch“ gewählte Regierung. Armut ist dabei kein Hauptkriterium, demokratische Prozesse zu messen: „Demokratie allein bringt keinen Wohlstand, schafft keine Arbeitsplätze, sichert keine medizinische Versorgung“, so Dr. Jakob E. Mabe aus Kamerun. 8 der 17 repressivsten Staaten der Welt liegen jedoch in Afrika, kommentieren Johanna Mantel und Rüdiger Wolfrum (Ein Kontinent lernt Demokratie, 2010). Was steckt hinter diesen Statistiken und wie ist Demokratie messbar? Mit dieser Frage und unterschiedlichen Facetten der Kultur und politischen Entwicklung Afrikas befasste sich das Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGe) beim Afrika-Seminartag „Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika“, der am Samstag, 5. Juni 2010, ab 9.30 Uhr im Heinrich-von-Kleist-Forum in den Räumen der VHS Hamm stattfand.

Anlässlich der bevorstehenden Fußball-WM 2010 in Südafrika zeigte FUGe während des Seminars einen anderen Blickwinkel auf den Kontinent. Eine-Welt-Interessierte nahmen an Diskussionsforen mit Afrika-Experten teil. Das Seminar trug dazu bei, den Einfluss der Zivilgesellschaft und Kultur auf Demokratisierungsprozesse in Afrika besser zu verstehen, Entwicklungszusammenarbeit dahingehend kritisch zu reflektieren und Gründe von (Fehl)Entwicklungen in Afrika schärfer einschätzen zu können.

Prof. Dr. Christof Hartmann, Universität Duisburg/Essen, brachte die Keynote „Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika“ ein. Danach untersuchten Mireille Mayam Meyanga (Initiativkreis afrikanischer Vereine OWL, Kamerun) und Regina Riepe die Rolle der „Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen“ in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun. Ab 13.30 Uhr gingen Heinz Rothenpieler (Dialog International), Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo) und Joel Sengi (Pax Christi) auf die Rolle der Zivilgesellschaft, Kirche und NGOs bei der Demokratisierung in der DR Kongo, Ruanda und Uganda ein. Zum Schluss klärten Claudia Kasten (Hammer Forum), Christoph Beninde (Simbabwe Netzwerk) und Abdallah Diop (Lernen-Helfen-Leben, Tschad) die Flüchtlingsproblematik und politische Entwicklung in Simbabwe, Tschad und Sudan.



Begrüßung durch Regina Schumacher-Goldner
(Leiterin der VHS Hamm)



Prof. Dr. Christof Hartmann, Uni Duisburg-Essen, bei
Nachbesprechung mit lokalen Akteuren



Dr. Karl Faulenbach (1. Vorsitzender von FUGe) und
Hamm Bürgermeisterin Ulricke Wäsche



Marcos A. da Costa Melo (FUGe-Geschäftsführer) und
Prof. Dr. Christof Hartmann

Einschätzung zum Thema Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika mit Lars Bütke (FUGe)

„Demokratisierung ist ein langfristiger Prozess und wird auch in Afrika nicht durch eine einzige demokratische Wahl erreicht. Es ist aber unverkennbar, dass auch Afrika in den letzten Jahren trotz der humanitären Katastrophen in einigen Ländern und der politischen Stagnation in anderen insgesamt vorangekommen ist. Es gibt daher keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass Afrika, das ja erst am Anfang der Demokratisierung steht, weniger für Demokratie geeignet sein sollte, als irgendeine andere Weltregion.“

Prof. Dr. Peter P. Waller in: Internationale Politik 8/1999

„Demokratisierung und Zivilgesellschaft“ lautete das Thema des Afrika-Seminartages. Dass beides zusammenhängt, ist offensichtlich: Die Zivilgesellschaft kann sich nur dann voll entfalten, wenn Meinungsfreiheit, Organisationsfreiheit und Versammlungsfreiheit herrschen, wie sie für demokratische Gesellschaften kennzeichnend sind. Nicht ganz so unmittelbar, aber doch weitgehend unbestritten ist der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Demokratie. Sie forciert die politische Willensbildung, dient der Bündelung und Artikulation von Interessen und nimmt eine Kontrollfunktion wahr. Demokratie und Zivilgesellschaft stützen sich also gegenseitig.

Aber wie steht es um diese Wechselwirkung beim Übergang von einem repressiven Regime in eine Demokratie? Ist eine Zivilgesellschaft, die sich unter den Bedingungen eines autoritären Staates formiert hat, so beschaffen, dass sie eine positive Rolle bei der Demokratisierung spielen kann? Oder bedarf es demokratischer Reformen „von oben“, damit sich eine Zivilgesellschaft entwickeln kann?

Prof. Dr. Christof Hartmann von der Universität Duisburg-Essen befasste sich in seinem Eröffnungsvortrag zum einen mit den Grundlagen: Was ist Demokratie? Was ist unter der Zivilgesellschaft zu verstehen? Wie beeinflusst Demokratie gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen?

Darüber hinaus zeigte Prof. Hartmann summarisch die Entwicklungen seit dem Ende der Kolonialherrschaft in Subsahara-Afrika nach: Gibt es einen Trend hin zur Demokratie?

Die folgenden Beiträge widmeten sich einzelnen Staaten oder Regionen. Dabei wurde die Demokratisierung in den jeweiligen Kontext gestellt: Wirtschaftsstruktur, Kultur, Traditionen, Verteilungs(un)gerechtigkeiten, ethnische und kulturelle Diversität etc. Ferner wurden die Rolle der Frauen bei der Demokratisierung (speziell in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun) sowie die Bedeutung regionaler Staatenbündnisse für politische Stabilität und demokratische Reformen (am Beispiel des südlichen Afrika) beleuchtet.

Ein Jahrzehnt ist vergangen, seit Prof. Dr. Peter P. Waller seine eingangs zitierte Einschätzung veröffentlicht hat. Der verhaltene Optimismus hat sich als begründet erwiesen. Auch in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends sind Fortschritte und Rückschläge zu verzeichnen gewesen.

Dass die Rückschläge auf dem Weg zur Demokratisierung die Schlagzeilen bestimmen, während die positiven Beispiele wenig Beachtung finden, ist bereits auf dem letzten Afrika-Seminar am 30. Mai 2009 diskutiert worden. Ob und wie von der Demokratisierung Impulse für wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritte ausgehen können, wird unter der Überschrift „Zukunftsperspektiven Afrikas“ am 2. Oktober zu erörtern sein. Denn „Demokratie allein bringt keinen Wohlstand, schafft keine Arbeitsplätze, sichert keine medizinische Versorgung.“ (Dr. Jacob E. Mabe)



Teilnehmer/innen bei der Runde „Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen“

10.00 Uhr – Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika

mit Prof. Dr. Christof Hartmann (Internationale Politik und Entwicklungspolitik, Universität Duisburg-Essen)

Moderation: Markus Heißler (Eine-Welt-Zentrum des Ev. Kirchenkreises Herne)

„Mit Demokratie verbindet sich die Hoffnung der Menschen auf Rechtssicherheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit. [...] Es fehlen dennoch theoretische Grundlagen für die zu schaffenden demokratischen Ordnungen. Statt nach eigenen Modellen auch unter Berufung auf überlieferte Denkweisen zu suchen, kopierten die Afrikaner einfach die Verfassungsmodelle, insbesondere diejenigen Westeuropas.“

Jacob E. Mabe - Afrika: Wege und Irrwege eines Kontinents

Vor 25 Jahren habe es in Afrika keinen demokratischen Staat gegeben, während heute in einzelnen Ländern Demokratie herrsche. Diesen positiven Befund stellte Prof. Dr. Hartmann seinem Vortrag voran. Für seine Betrachtung stellte Prof. Hartmann dar, wodurch sich die Demokratie auszeichnet, und zwar durch Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, durch Partizipation der Zivilgesellschaft und von Parteien und durch freie Wahlen, die eine periodisch gewählte und verfassungskonform agierende Führung hervorbringt.

Auf zwei Aspekte dieses Demokratiebegriffs wies Prof. Hartmann hin:

Es handelt sich um eine prozedurale Definition, die nicht nach den materiellen Ergebnissen des Regierens wie Gerechtigkeit, Wohlstand oder Sicherheit fragt.

Die Definition folgt einem universalistischen Ansatz. Demokratie an sich wird nicht als etwas Kulturspezifisches verstanden.

Neben Demokratien sind folgende sechs andere politische Systeme in Afrika vorzufinden: Einparteiensysteme (Eritrea), Traditionelle Monarchien, (Swasiland), Militärdiktaturen (Sudan, Guinea), „Failing states“ ohne funktionsfähige Zentralgewalt (Somalia), Fassadendemokratien (Ruanda, Tschad) und Wahldemokratien mit eingeschränkter Geltung (z.B. ohne Rechtsstaatlichkeit). Die letztgenannten Wahldemokratien, bei denen im Prinzip demokratisch gewählt wird, aber andere Merkmale demokratischer Systeme (s.o.) fehlen oder mangelhaft ausgeprägt sind, sind in Subsahara-Afrika sehr verbreitet.

Unter den Subsahara-Staaten sind nur 10 Demokratien vorzufinden. Die übrigen sind Wahldemokratien (24) und Autokratien verschiedenster Ausprägung (13).

In den letzten 25 Jahren hat eine partielle Demokratisierung Subsahara-Afrikas stattgefunden.

Vor 25 Jahren gab es wie eingangs erwähnt keine einzige Demokratie in Subsahara-Afrika. Im Kontext des globalen Ost-West-Konflikts wurden von beiden Seiten autoritäre Systeme als Verbündete akzeptiert, stabilisiert und wirtschaftlich unterstützt. Nach einer Phase der Euphorie Mitte des 90er Jahre herrscht heute in der Wissenschaft ein nüchternerer Blick auf die Demokratisierung Afrikas vor. Subsahara-Afrika hat einen höheren Anteil von Demokratien als die arabische Welt. Fortschritte bei der Demokratisierung sind unverkennbar, aber der Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen.

Aufschlussreich ist ein Blick auf das Ende der Amtszeit der Staatsechfs in den letzten 50 Jahren, die diesen Fortschritt widerspiegeln:

	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99	2000-08
Gewalttätiger Umsturz	27	30	22	22	8
Freiwilliger Rücktritt	1	2	5	9	11
Wahlniederlage	0	0	1	12	7

Der Begriff des „freiwilligen“ Rücktritts ist dabei weit gefasst. Mit einer Demokratisierung sind unterschiedlichste Erwartungen verknüpft. Diese beziehen sich zum einen auf gesellschaftliche Reformen und die wirtschaftliche Entwicklung wie: größere politische Handlungsspielräume, mehr Gerechtigkeit, Generationenwechsel in den Eliten, Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und weniger Korruption.

Skepsis sei bei den beiden letztgenannten Punkten angebracht: Ein Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Fortschritten bei der Armutsbekämpfung ist wissenschaftlich nicht zu belegen. Es gibt allenfalls Indizien, die für einen positiven Einfluss der Demokratisierung auf die wirtschaftliche Entwicklung sprechen.

Von der Demokratisierung wird zum anderen die Beendigung gewaltsamer Konflikte erwartet. Hiergegen ist einzuwenden, dass im Zuge einer Demokratisierung Ethnien politisiert werden können und damit ethnischen Konflikten Vorschub geleistet wird. Wenn sich das Parteiensystem entlang

ethnischer Trennlinien formiert, repräsentieren die Parteien vornehmlich ethnische Interessen. Dies ist bspw. in Kenia und Burundi zu beobachten gewesen.

Als Positivbeispiel kann Liberia gelten. Hier haben sich Parteien nicht nur nach ethnischen Kriterien gebildet und somit konnten ethnische Konflikte entschärft werden. Die Partizipation der Zivilgesellschaft gehört zu den Merkmalen der Demokratie.

Die Zivilgesellschaft umfasst formelle und informell organisierte Akteure. Kennzeichnend sind: Kein direkter Staatszugriff, Freiwilligkeit und Autonomie. Prof. Hartmann wies auf die Probleme der zivilgesellschaftlichen Akteure hin, die diese typischerweise haben wie z.B. die schwache Stellung u. a. im ländlichen Raum.

Die Gewerkschaften und Medien spielen oft eine entscheidende Rolle bei der Überwindung autoritärer Regime, ihr Beitrag zum Aufbau demokratischer Alternativen ist weniger ausgeprägt. Die ökonomische Abhängigkeit von staatlichen Stellen ist für viele zivilgesellschaftliche Gruppen ein Problem. (Dies gilt vor allem auf nationaler Ebene, lokale Gruppen verfügen in der Regel über eine größere Unabhängigkeit, haben aber überregional wenig Einfluss) Die Zivilgesellschaft sollte daher bezüglich ihrer Möglichkeiten nicht überschätzt werden.

Eine Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure von außen ist wünschenswert, aber im Hinblick auf ihre Legitimation auch problematisch, da sich die unterstützten Gruppen dem Vorwurf aussetzen, vom Ausland abhängig oder gar „ferngesteuert“ zu sein.

In der anschließenden Diskussion merkt Rahime Diallo an, Demokratie sei in Afrika oftmals nicht populär, da sie als im Konflikt zur Tradition stehend empfunden werde. Entscheidend sei für die Leute ein besseres Leben (Wohlstand, Gesundheit, Sicherheit).

Hierauf erwidert Prof. Hartmann, dass sich die von ihm vorgestellte gebräuchliche Definition von Demokratie auf Verfahrensgrundsätze bezieht und nicht auf die inhaltliche Ausgestaltung. Viele Afrikaner setzten sich für die Demokratie ein, die sie in Anknüpfung an afrikanische Traditionen spezifisch ausgestalten möchten. Viele traditionelle afrikanische Systeme hatten partizipative Elemente, Herrschaft bedurfte seit je her der Rechtfertigung.

Dr. Faulenbach verweist auf die Ujamaa-Bewegung in Tansania und fragt, inwieweit –auch durch den Einfluss Chinas – die Vorstellung eines „Afrikanischen Sozialismus“ noch lebendig sei. Prof. Hartmann sieht in Tansania kein Modell für ganz Subsahara-Afrika, aber die Ujamaa-Bewegung passe zur konsensorientierten Kultur Tansanias.

China habe keine erkennbaren Ambitionen, sein Gesellschaftssystem zu exportieren. Allerdings lasse sich beobachten, dass China tendenziell eher weniger demokratische Staaten wirtschaftlich stärke. Generell habe die demokratische Verfasstheit der Staaten keine Relevanz bei Ressourcenkonflikten. Konflikte um abbaubare Rohstoffe seien daher nicht allein durch die Demokratisierung zu lösen.

Claus G. Schröter verweist auf die ethnische Heterogenität vieler afrikanischer Staaten aufgrund kolonialer Grenzziehungen.

Prof. Hartmann sieht Lösungsansätze in konsensorientierten Verfahren und Proporzregeln, die die Dominanz der Mehrheitsethnie ausbalancieren können.



Wahlen, Grundelement demokratischer Partizipation (links).
Was ist an demokratischen Institutionen kulturspezifisch?
Afrikanische Würdenträger in britischen Roben.



11.15 Uhr – Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun

mit Regina Riepe (Pädagogin) und Mireille Mayam Meyanga (Initiativkreis afrikanischer Vereine OWL, Kamerun)

Moderation: Sandrine Nguele Meyanga (Politikwissenschaftlerin und Soziologin, Kamerun)

„Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit weltweit, erhalten dafür lediglich 10% des Welteinkommens und 1% des Weltbesitzes. Frauen tragen weltweit die Hauptlast der Reproduktions- und Subsistenzarbeit. Sie leisten rund 2/3 aller Arbeitsstunden weltweit, aber nur 30 Prozent aller Frauen werden für ihre Arbeit auch bezahlt. Der Frauenanteil im informellen Sektor liegt zwischen 60 Prozent und 80 Prozent: In Benin sind dies sogar 97 Prozent, im Tschad 95 Prozent, 85 Prozent in Guinea und 83 Prozent in Kenia.“

Christiane Thorn: Gender justice auf dem Prüfstand

Traditionell war das politische Bewusstsein der Frauen in Afrika gering entwickelt. Erst seit der Unabhängigkeitsbewegung wuchsen den Frauen bedeutendere Rollen zu. Seither gibt es insbesondere viele Händlerinnen und Journalistinnen.

Bis Ende der 70er Jahre waren Frauen in den Regierungen vornehmlich als Sozial-, Frauen- oder Familienministerinnen zu finden. Erst in den 1980er Jahren wurden sie auch mit der Leitung klassischer Ministerien wie Finanzen oder Wirtschaft betraut. Inzwischen gibt es auch Staatspräsidentinnen.

Das Ungleichgewicht in den Geschlechterverhältnissen war durch die Kolonialherrschaft bedingt. Die Alphabetisierung der Frauen wurde nicht systematisch gefördert.

Ein Hemmnis für die Partizipation der Frauen in Kommunalparlamenten ist die weit verbreitete Praxis, Mädchen nicht offiziell registrieren zu lassen, um pro Kopf erhobene Steuern zu sparen. Ohne Geburtsurkunde können sich die Frauen nicht zur Wahl aufstellen lassen.

Wie Rahime Diallo ergänzt, waren Frauen auch früh im (aus den Unabhängigkeitsbewegungen hervorgegangenen) Militär präsent. Traditionell genossen ältere Frauen besonderes Ansehen („heilige Frauen“).

Claudia Kasten hat beobachtet, dass den Frauen in Eritrea eine besonders hohe Bedeutung während des Bürgerkriegs zugefallen ist. In Friedenszeiten gibt es Bestrebungen, den Einfluss der Frauen wieder zurückzudrängen.

Frauen in der Diaspora pflegen oft Kontakte zu Afrika (speziell Ghana und Nigeria) und leisten Zahlungen oder engagieren sich speziell für Projekte in Schul- oder Gesundheitswesen.

Die Familie sei für die Frauen im Positiven wie im Negativen von zentraler Bedeutung: In der Familie finden sie Anerkennung und Rückhalt. Da kein Sozialsystem und keine Frauenhäuser oder ähnliche Einrichtungen existieren, sind sie allerdings ohne eigenes Einkommen auch von der Familie abhängig.

Rahime Diallo weist darauf hin, dass unter einer „Familie“ in Afrika in der Regel eine mehrere Hundert Personen umfassende Solidargemeinschaft zu verstehen sei. Deren weibliches Oberhaupt werde geschätzt und unterstützt. Bei der Rückzahlung von Mikrokrediten erwiesen sich Frauen als am zuverlässigsten.



Sandrine Nguele Meyanga, Mireille Mayam Meyanga, Regina Riepe und die Zuhörer/innen

13.30 Uhr – Zur Rolle der Zivilgesellschaft, Kirche und NGOs bei der Demokratisierung in der DR Kongo

mit Heinz Rothenpieler (Dialog International), Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo), Irene Freimark-Zeuch (L-H-L) und Heinz Schmidt (AK Mission-Entwicklung-Frieden, Lippborg)

Moderation: Markus Heißler (Eine-Welt-Zentrum des Ev. KK Herne)

„Wie andernorts in Afrika entstand auch im Kongo zu Beginn eine Demokratiebewegung, die pluralistische Wahlen und die Respektierung der Menschenrechte einforderte. Ihren Höhepunkt fand diese Bewegung während der so genannten Nationalkonferenz (1991/92), an der alle wesentlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte des Landes, nicht zuletzt die einflussreichen Kirchen, teilnahmen.“

Denis M. Tull – Demokratische Republik Kongo

Wie Heinz Rothenpieler darlegte, ist der Ausdruck „Société Civile“ im Kongo früher gebräuchlich gewesen als seine Entsprechung „Zivilgesellschaft“ in Deutschland. Das zeige die Bedeutung des Konzepts für den Kongo bzw. das damalige Zaire. Die verschiedenen Konflikte seit 1994 haben die Entwicklung des Landes allerdings nachhaltig behindert. Die Alphabetisierung ist rückläufig (vor allem bei Frauen) und liegt aktuell bei ca. 50 Prozent.

Auch das politische System ist noch im Umbruch. Während 2006 eine Präsidenten- und Parlamentswahl durchgeführt werden konnte, sind die Kommunalwahlen vorerst abgesagt worden. In der neuen Verfassung von 2006 sind die traditionellen Könige berücksichtigt. Korruption ist im Kongo vor allem auf mittleren Ebenen ein Problem. Staatspräsident Joseph Kabila Kabange hat deswegen über 100 Richter entlassen. Da die Beamtengehälter nicht regelmäßig ausgezahlt werden, sind die Betroffenen darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt anderweitig zu bestreiten.

"Es kommt nicht darauf an, den Menschen mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen." Dieses Diktum von Jean Ziegler bestätigte Bokota Ramazani in Bezug auf den Kongo: Das Land, das eine Fläche in etwa der Größe Westeuropas umfasse, sei reich an Rohstoffen. Der Uranabbau im Kongo werde aber von belgischen Banken und australische Bergbauunternehmen dominiert. Auch vom Abbau der anderen wichtigen Rohstoffe wie Coltan und Gold profitiere fast ausschließlich das Ausland. Aber es gebe selbstverständlich auch „hausgemachte“ Schwierigkeiten. Generell seien Despoten in Afrika ein großes Problem.

Bokota Ramazani schloss sich hier der wenig zuversichtlichen Aussage Albrecht Konzes von den Vereinten Nationen an: Der Kongo sei moralisch und strukturell soweit gesunken, dass er zum Raub der Interessen geworden sei. Irene Freimark-Zeuch beleuchtete einen anderen Aspekt der postkolonialen Verwerfungen: Das Wissen um die traditionelle Medizin sei in der Kolonialzeit verloren gegangen und müsse erst wieder rekonstruiert und verbreitet werden.

Ein besonders großes Potenzial hat die Artemisia-Pflanze. Sie hat sich als Medizin bei Malaria bewährt und kann auch zur Linderung der Symptome einer AIDS-Erkrankung eingesetzt werden. Ein paar Stationen aus der bewegten Geschichte des Kongo rekapituliert Heinz Schmidt. 1885 fand in Berlin die Kongo-Konferenz statt, auf der dem belgischen König Leopold II. der Kongo als Privatbesitz zugesprochen worden war. Mit der Entwicklung der Vulkanisation wuchs die Bedeutung der Kautschukproduktion, bis das Gummi synthetisch hergestellt werden konnte. Erst 1908 ging der Besitz des Kongo von Leopold II. an den belgischen Staat über.

Schon bald nach der Erlangung der Unabhängigkeit errichtete Joseph-Désiré Mobutu (später als Mobutu Sese Seko bekannt) eine Diktatur. Seinen Geheimdienst baute Mobutu nach dem Vorbild der Securitate in Rumänien auf. Sein Regime kennzeichnete neben der Repression auch die Ausbeutung der Ressourcen zum persönlichen Nutzen. Die Staatsverschuldung ist ein Erbe der Mobutu-Diktatur: Ein Drittel des Kongolesischen Staatshaushalts fließt in den Schuldendienst. Wirtschaftliche Not und Repressionen bilden auch den Hintergrund einer Flucht in religiösen Fanatismus: In Kinshasa seien ca. 8000 Pfingstkirchen (laut Schmidt „falsche Propheten“) ansässig, deren Wirken sich zunehmend problematisch gestalte.



Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo), Heinz Rothenpieler (Dialog International), Irene Freimark-Zeuch (L-H-L), Markus Heißler und Heinz Schmidt

15.00 Uhr – Menschenrechtsarbeit und Demokratisierung in

Ruanda mit Joel Sengi (Pax Christi, Ruanda), Moderation: Marc Stefaniak (Hammer Forum)

„Die Regierung gilt als effektiv, entwicklungsorientiert und relativ korruptionsfrei. [...] Zwar fand in dem Land 2008 mittlerweile die zweite Parlamentswahl statt, doch Parteien ist bislang eine effektive Organisation auf lokaler Ebene verboten, und mit Verweis auf den Vorrang der ethnischen Aussöhnung hat die Regierung seither den Wahlsieg von Oppositionsparteien fast unmöglich gemacht. Zugleich weist das ruandische Parlament aber einen Frauenanteil von 56 Prozent auf.“

Stefan Mair – Ruanda

Ruanda sei als „Perle Afrikas“ bezeichnet worden. Andererseits gelte es in jüngerer Zeit als „Hölle auf Erden“. Joel Sengi schilderte den Niedergang Ruandas im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen den Hutu und Tutsi, die in dem Genozid von 1994 ihren Höhepunkt erreichten aber nur verständlich werden, wenn auch die Vorgeschichte betrachtet wird. Es gibt keine schriftlichen Überlieferungen für die vorkoloniale Geschichte der Region. Allerdings berichten Erzählungen von einer Verknachtung der Hutu durch die Tutsi. 1959 erhob sich eine Hutu-Revolution, viele Tutsi wurden getötet oder sind geflohen. Die Tutsi versuchten 1963 erneut, die Macht zu ergreifen.

1973 kam es zu einem Putsch der Hutu gegen die Tutsi. Es folgte die Gründung einer Einheitspartei für Hutu und Tutsi. Es wurde die Parole ausgegeben, die Unterscheidung zwischen den Ethnien sei nur „von außen aufgedrängt“ worden. 1990 kommt es zu einem Tutsi-Rebellenüberfall auf Ruanda.

Am 6. April 1994 fiel Präsident Juvénal Habyarimana einem Anschlag zum Opfer. Sein Flugzeug wurde beim Landeanflug auf Kigali abgeschossen. Dies war der Auslöser für die Massaker, denen neben ca. 750.000 Tutsi auch ungefähr 150.000 gemäßigte Hutus zum Opfer fielen. Die Massaker lösten eine Massenflucht in den Kongo aus. Die amtierende Tutsi-Regierung könne als moderat und modern gelten, aber das Massaker an den Hutu werde tabuisiert.

Die diplomatischen Kontakte zu Frankreich und Deutschland sind 2008 abgebrochen worden. Die Genozidarbeit in Ruanda werde vor Wahlen eingeschränkt. Parteien sind verboten worden, da sie bezichtigt wurden, in den Völkermord verwickelt gewesen zu sein. Vor einem halben Jahr ist die Herausgabe der zwei wichtigsten Zeitungen untersagt worden. Die Dorfgerichte greifen oft auf vorkolonialistische Tradition zurück. Diese Form der Rechtsprechung hat sich zwar bewährt, ist aber nicht geeignet, den Genozid aufzuarbeiten: Viele Richtige wurden bestraft, aber es ergingen auch viele Unrechtsurteile, bei denen keine ausreichenden Revisionsmöglichkeiten gegeben waren.

Ruandas Angriffe auf den Kongo bezeichnet Joel Sengi als nicht akzeptabel. „Die kleinen Menschen sind Brüder, sind aber von ihren Mitbrüdern verraten worden.“

Er habe den Glauben an eine genuin afrikanische Lösung verloren. Auch die internationale Gemeinschaft mache keinen positiven Einfluss geltend. Die deutsche Bundesregierung schlage sich immer auf die Seite der amtierenden Regierung. Belgier und US-Amerikaner hätten ebenfalls zeitweise parteiisch agiert.

Der Konflikt sei nicht in Ruanda zu lösen, sondern es sei eine ähnliche Starthilfe wie in Deutschland nach 1945 vonnöten. Paul Kagames Regierung sei trotz wirtschaftlicher Fortschritte und der Stabilisierung des Landes kein Modell für andere Staaten.

Es kam die Frage auf, ob die ethnische Zugehörigkeit im Pass vermerkt sei. Dies ist inzwischen nicht mehr der Fall. In der Diskussion wurde eine Literaturempfehlung gegeben: Das 2002 erschienene Jugendbuch „Über tausend Hügel wandere ich mit dir“ von Hanna Jansen schildere authentisch die Ereignisse von 1994.

Von Joel Sengi empfohlener Literatur zu Ruanda:

Helmut Strizek: „Geschenkte Kolonien – Ruanda und Burundi unter deutscher Herrschaft“, Berlin: Christoph Links Verlag 2006. ISBN 3861533901

Helmut Strizek: „Zur Lage der Menschenrechte in Ruanda – Leben nach dem Völkermord“, Veröffentlichungsreihe zu den Menschenrechten. [ohne Datum]

http://www.missio-aachen.de/Images/MR%20Ruanda%20deutsch_tcm14-12271.pdf

Xenia von Polier: Als Helfer nach Ruanda "Was bitte sind die Menschenrechte?"

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,668641,00.html>

Eine Liste von zehn neuen Erscheinungen ist zu finden unter:

http://www.afrikaroman.de/buch/rubrik_liste.php?rubrik_ID=15



Joel Sengi (Pax Christi)

16.00 Uhr – Flüchtlingsproblematik und politische Entwicklung in Simbabwe

mit Christoph Beninde (Simbabwe Netzwerk)

Moderation: Marc Stefaniak (FUGe/Hammer Forum)

„Als Simbabwe 1980 seine Unabhängigkeit erlangte, sagten Samora Machel und Julius Nyerere, die Präsidenten von Mosambik und Tansania, zu Mugabe: „Du hast das Juwel Afrikas in deinen Händen, gib gut darauf Acht.“ Heute liegt Simbabwe am Boden, seit Jahren hat sein Bruttosozialprodukt die höchste Schrumpfrate der Welt, die Farmer, die die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sichergestellt haben, sind von ihren Farmen vertrieben worden, jetzt droht eine Hungersnot.“

Doris Lessing: Robert Mugabe und die Tragödie Simbawwes

1980 herrschten große Erwartungen: Das ehemalige Rhodesien wurde zum Modellfall für die Überwindung der Vorherrschaft der Weißen erklärt. Die Herausforderungen lauteten: Bildung, Landverteilung und Gesundheitssystem.

Bei der Unabhängigkeit besaßen 7 Millionen Schwarze in etwa gleichviel Land wie die 1900 Weißen. In den letzten 30 Jahren hat sich die Bevölkerungszahl verdoppelt, so dass sich der Verteilungskonflikt verschärft hat. Die sogenannte „Versöhnungspolitik“ Mugabes verzichtete zunächst auf eine konsequente Umverteilung.

Die Einschulungsquote betrug 90 Prozent, die medizinische Versorgung konnte kostenfrei in Anspruch genommen werden.

Das Mugabe-Regime war allerdings auch für 10.000 bis 20.000 Tote unter Oppositionspolitikern verantwortlich. Seine Regierung war zentralistisch, hierarchisch und stütze sich auf das Militär. Die Landreform stagnierte seit etwa 1985. „Landvergabe gegen Entschädigung“ lautete das Prinzip.

45.000 Landarbeiter konnten auf eigenen Grund umgesiedelt werden. Allerdings wurden hierbei schlechte Erfahrungen gemacht, da die ehemaligen Landarbeiter nicht über die notwendige Expertise zur selbstständigen Bewirtschaftung verfügten.

Vom IWF verordnete Strukturanpassungsmaßnahmen hatten Einschränkungen im Gesundheitswesen zur Folge.

In dieser Situation wurde ein neuer Anlauf zur Landreform unternommen. 11 Millionen Hektar Land wurden umverteilt. Da die Enteignung teilweise entschädigungslos oder sogar gewaltsam erfolgte, wurde viel zerstört. Wegen der schlechten Ausstattung mit landwirtschaftlichen Geräten und unzureichenden Bewässerungssystemen sank die Produktivität in der Landwirtschaft um 70 Prozent.

Im Zuge der Auflösung von 90 Prozent der Großfarmen setzte eine Landflucht ein. Ca. eine Million Landarbeiter zogen in die Städte. Seit 2003/2004 ist Simbabwe von Lebensmittelimporten abhängig.

In der Folge verlor der Simbabwe-Dollar dramatisch an Wert. Die Inflation betrug 2007 knapp 7000 Prozent. Mitte 2008 erreichte die Geldentwertung 3 Millionen Prozent mit weiterhin stark steigender Tendenz. Anfang 2009 war eine der höchsten jemals registrierten Inflationsraten festzustellen. Daher gelten seit Februar 2009 der Südafrikanische Rand und der US-Dollar als offizielle Zahlungsmittel. Während der Währungsturbulenzen stieg die Arbeitslosigkeit, während die Wirtschaftsleistung zwischen 1990 und 2010 um ca. ein Drittel gesunken ist. 2005 wurde im Rahmen einer Aktion gegen illegale Landwirte und den informellen Kleinhandel 700.000 Menschen die Lebensgrundlage entzogen.

Ein weiteres Problem stellt AIDS dar: Die Zahl der AIDS-Waisen wird auf 1,6 Millionen geschätzt. Die Lebenserwartung ist von 70 auf 43 Jahre gesunken. Der Anteil der Analphabeten ist mit ca. 10% nach wie vor relativ gering. Aber unter den Hochqualifizierten ist ein starker „Brain-Drain“ zu beobachten.

Bei der jüngsten Präsidentenwahl war das Regime trotz der wirtschaftlichen Misere ohne die Zusage einer Amnestie nicht bereit, Mugabe fallen zu lassen.

Die Opposition ist Repressionen ausgesetzt. Vom Oppositionsführer Morgan Tsvangirai wird kolportiert, er habe mindestens drei Mordanschläge überlebt.



16.30 Uhr – Die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft

SADC und Simbabwe

mit Claudia Kasten (Hammer Forum)

Moderation: Marc Stefaniak (FUgE/Hammer Forum)

Die SADC wurde 1992 mit dem Ziel wirtschaftlicher und politischer Integration gegründet. (Die Vorgängerorganisation Südafrikanische Entwicklungskonferenz war bereits 1980 ins Leben gerufen worden.)

Sie umfasst zurzeit folgende Staaten: Angola, Botswana, DR Kongo, Lesotho, Madagaskar (nach dem Umsturz 2009 vorübergehend suspendiert), Malawi, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania und Seychellen.

Für die Republik Simbabwe bedeutet dies, dass sämtliche Nachbarstaaten ebenfalls SADC-Mitglieder sind.

Auf folgende Ziele haben sich die Mitgliedsstaaten verständigt:

- Koordinierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik
- Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen in der Region
- Einhaltung der Menschenrechte und Schutz von Demokratie und Rechtstaatlichkeit
- Förderung des Austauschs von Technologie und Wissen
- Abschaffung von Hindernissen für den freien Verkehr von Kapital, Arbeit, Gütern und Dienstleistungen

Als konkrete Schritte zur Realisierung dieser Freiheiten sind die Schaffung einer Freihandelszone, die Abschaffung aller Außenzölle und die Schaffung einer Zoll-Union, eines gemeinsamen Marktes und schließlich einer Wirtschaftsunion geplant. Bis 2018 soll zudem eine gemeinsame Währung eingeführt werden.

Neben der wirtschaftlichen Integration ist also auch die Wahrung der Menschenrechte als Ziel im SADC-Statut festgeschrieben.

Organe der SADC sind die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs (Summit), die jährlich tagen, der Ministerrat, das Generalsekretariat und das OPDS (Organ for Politics, Defence and Security). Zudem ist der Organisation das unabhängige SADC-Tribunal angegliedert, als unabhängiges, regionales Berufungsgericht. Es befasst sich mit der Schlichtung internationaler Konflikte und Streitfragen.

Das Leitbild der friedlichen Koexistenz und Wahrung der inneren Stabilität steht dabei im Spannungsverhältnis zu der Verpflichtung auf die Einhaltung der Menschenrechte und dem Schutz von Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Dabei betonen die autoritären Regime den Aspekt der Regimesicherheit, während die demokratischen Staaten die SADC als Wertegemeinschaft verstanden wissen wollen. Dieser Widerspruch droht die SADC zu lähmen. Vor diesem Hintergrund ist auch das Verhältnis der SADC zu Simbabwe zu sehen. Die SADC hat sich Richtlinien gegeben, die den pluralistischen Charakter von Wahlen und die Rechte der Opposition schützen sollen.

Als 2005 bei den simbabwischen Parlamentswahlen diese Regeln missachtet wurden, blieb der Verstoß gegen die Richtlinien ungeahndet.

Dies lässt sich zum einen mit der hohen Akzeptanz Robert Mugabes als Freiheitskämpfer erklären. Es besteht eine alte Rivalität zwischen Simbabwe und Südafrika um die moralische Führungsrolle im südlichen Afrika. In den Zeiten der Apartheid ist Robert Mugabe als „Lichtgestalt“ und Leitfigur wahrgenommen worden. Mit der Freilassung Nelson Mandelas hat dieser die Rolle der Symbolfigur für die Befreiung von der Unterdrückung durch die Weißen übernommen.

Zudem erfordert die Beschlussfassung durch den Gipfel oder den Ministerrat ein einstimmiges Votum. Somit hat auch Simbabwe ein faktisches Vetorecht.

Allerdings ist zu beobachten, dass der Rückhalt Mugabes spätestens seit der Präsidentschaftswahl 2008 schwindet.

Bereits 2006 erwiesen sich die politischen und wirtschaftlichen Spannungen in Simbabwe als eine große Belastungsprobe für die SADC.

Nach außen erschien das Bündnis tatenlos. Allerdings bot es offensichtlich einen geeigneten Rahmen, um sich hinter den Kulissen in stiller Diplomatie zu üben. Dem Vernehmen nach hat Thabo Mbeki diesbezüglich viel bewegt.

Human Rights Watch warnte 2006, die Glaubwürdigkeit der SADC als treibende Kraft für die Verbreitung von Menschenrechten stehe auf dem Spiel, da es nicht gelungen sei, die Regierung Simbabwes zur Einhaltung der Menschenrechte zu verpflichten.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2008 markieren einen Wendepunkt. Sowohl die Afrikanische Union (AU) als auch die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft kritisierten die Durchführung der Wahl. Diese entspreche nicht den Standards der Union und spiegelt nicht den Willen der Bevölkerung wider.

In der SADC wurde Robert Mugabe zunehmend ausgegrenzt. Ihm wurde beim Erscheinen auf der Versammlung 2008 der Beifall versagt, südafrikanische Gewerkschafter protestierten am Rande der Konferenz gegen die Manipulation der Wahl, 80 NGOs aus Afrika forderten das Ende der Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe. Der Präsident Botswanas boykottierte den Gipfel, Sambia kritisierte Mugabe offen als Autokraten und ließ verlautbaren, es sehe die Krise in Simbabwe als schädlich für die gesamte Region an.

Unter dem turnusgemäßen Vorsitz von Thabo Mbeki drängte die SADC Mugabe, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Eine Lösung sei nur dann zukunftsträchtig, wenn sie von allen Parteien getragen werde.

Im März 2009 wurde ein eintägiger Sondergipfel einberufen, nachdem Simbabwe die Staaten der SADC um finanzielle Unterstützung ersucht hatte. Eine Soforthilfe von 1,5 Milliarden Euro stand zur Debatte. (Insgesamt wurde der Bedarf für ein dreijähriges Notprogramm zur wirtschaftlichen Stabilisierung auf 8,5 Milliarden US-Dollar veranschlagt.) Südafrika und Botswana haben diesbezüglich Zusagen gegeben, gleichzeitig aber von Simbabwe die Einhaltung der SADC-Statuten angemahnt.

2010 äußerte Jacob Zuma seine Unzufriedenheit mit den Fortschritten in Simbabwe. Entsprechend wurde von den zugesagten Mitteln bislang nur ein kleiner Teil tatsächlich ausgezahlt.

Südafrika verfolgt unter dem Stichwort NEPAD (New Economic Partnership for African Development) eine Politik der Verknüpfung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit politischen Vorgaben. Ziele sind die Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung, die Konfliktprävention und Konfliktlösung, die Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und die Leistung humanitärer Hilfe.

Zwischen der alten Macht Simbabwe und der neuen Macht Südafrika ist eine Konkurrenz zu beobachten, obwohl sich die Führungseliten des ANC und der ZANU seit der Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Apartheid einander verbunden fühlen.

Die Flüchtlingsströme aus Simbabwe nach Südafrika – ca. 3 Millionen Menschen – stellen ein großes Problem dar. Der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge in Südafrika ist unklar.

Auf Simbabwe lässt sich die Erkenntnis Henning Melbers anwenden: „Wenn Befreiungsbewegungen die Macht ergreifen, prägt häufig militärisches Denken den Regierungsstil“.



Claudia Kasten (Hammer Forum)



Mitglieder der AK Mission-Entwicklung-Frieden



Aufmerksame Zuhörer/innen: Sanoussy SeSavanne, Abdallah Diop, Bokota Ramazani, Heinz Rothenpieler und Irene Freimark-Zeuch

17.00 Uhr – Chancen auf Frieden in Tschad?

mit Abdallah Diop (Lernen-Helfen-Leben, Tschad)

Moderation: Marc Stefaniak (FUGe/Hammer Forum)

„Für eine sichere Zukunft wird es entscheidend darauf ankommen, dass ausländische Geldgeber von der SPLM/A eine verantwortungsbewusste Regierungsführung, mehr Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte einfordern.“

Ulrich Delius u. Julia Hansmeyer - Frieden im Sudan JETZT!

Der Tschad umfasst ein Staatsgebiet von der dreieinhalb fachen Fläche Deutschlands. Auf der Berliner Kongo-Konferenz 1885 wurde der Tschad Frankreich zugeschlagen. Der Tschad ist mit 10 Millionen Einwohnern relativ dünn besiedelt (Die Bevölkerungsdichte beträgt 7,6 Einwohner pro Quadratkilometer. Arabisch und Französisch dienen als Amtssprachen, dazu kommen ca. 250 regional verbreitete Sprachen.

Bis zur Erschließung der Erdölvorkommen 2003 war die Baumwolle das wichtigste Exportgut. Der Franc CFA (Franc de la Communauté Financière d'Afrique) fungiert als Landeswährung.

Nach der 1960 erfolgten Unabhängigkeit konstituierten sich die Parteien unter ethnischen Gesichtspunkten. In einem 1966 einsetzenden Bürgerkrieg unterstützten Libyen, Algerien und der Sudan die muslimischen Rebellen im Norden, die die Dominanz der Christen brechen wollten.

1975 folgte ein Militärputsch, 1980 erneut der Ausbruch eines Bürgerkriegs und 1990 wiederum ein Militärputsch. Von 1982 bis 1990 war die Pressefreiheit eingeschränkt worden.

Erst 1990 setzte ein Demokratisierungsprozess ein.

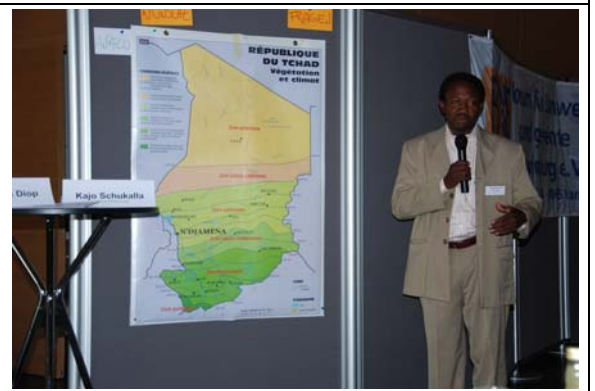
Bei der Debatte um eine Verfassung wurde diskutiert, inwieweit eine konsensorientierte Demokratie für den Tschad besser geeignet sei als eine reine Mehrheitsdemokratie.

1996 trat die neue Verfassung in Kraft. Anschließend wurde der Präsident und 1997 das Parlament gewählt. Die Amtszeit des Präsidenten war zunächst auf 2 mal 5 Jahre begrenzt. Seit einer Verfassungsänderung im Jahr 2006 ist die Wiederwahl unbegrenzt zulässig.

Für November 2010 sind erstmalig Kommunalwahlen angesetzt. Im Mai 2011 findet turnusgemäß die Präsidentenwahl statt.

Ulrich Delius u. Julia Hansmeyer:

„2011 wird die Bevölkerung des Südsudan in einer Volksabstimmung über die Zukunft ihrer Region entscheiden. Seine Bewohner werden sich entscheiden müssen, ob sie weiter Teil des Sudan bleiben wollen oder einen unabhängigen Staat gründen. So sieht es das Umfassende Friedensabkommen (CPA) vor, dass die Freiheitsbewegung Sudan People's Liberation Movement / Army (SPLM/A) und die sudanesishe Regierung im Januar 2005 unterzeichnet haben. Doch noch ist der Weg steinig bis zu dem Referendum und niemand weiß, ob es tatsächlich stattfinden wird. ... Denn Regelungsbedarf gibt es angesichts der noch immer ungeklärten Verteilung des Profits aus der Förderung von Rohstoffen genug. Die landesweiten Wahlen im Sudan im April 2010 werden als Test für das Referendum angesehen.“



17.30 Uhr – Darfur, Südsudan, Ostsudan – Konflikte ohne Ende?

mit Dr. Kajo Schukalla (Gesellschaft für bedrohte Völker)

Moderation: Marc Stefaniak (FUGe/Hammer Forum)

Zwischen 1955 und 2005 forderten zwei Bürgerkriege im Sudan zwischen 2,5 und 4,5 Millionen Todesopfer. Schon vor der offiziellen Unabhängigkeit brach 1955 der Krieg zwischen dem Norden und dem Süden des Landes aus, der erst 1972 mit einem Friedensvertrag endete, in dem dem Süden eine Teilautonomie gewährt wurde. Aber ein knappes Jahrzehnt später kam es erneut zum Krieg, der von 1983 bis 2005 mit unterschiedlicher Intensität geführt wurde. Der Friedensvertrag von 2005 sieht für 2011 ein Referendum im Süden über die staatliche Unabhängigkeit des Landesteils vor.

Sechs verschiedene Konfliktlinien werden als mögliche Ursachen der Auseinandersetzung diskutiert und unterschiedlich gewichtet:

„Araber“ versus „Afrikaner“: Dieser Gegensatz muss als ideologisches Konstrukt gelten, da die Einwanderung von der arabischen Halbinsel bereits im 13. Jahrhundert erfolgt ist und längst eine weitgehende Durchmischung und Assimilierung stattgefunden hat.

Muslime versus Christen: Hierbei wird übersehen, dass traditionelle Religionen noch eine große Rolle spielen. Es gibt wesentlich mehr Animisten als Christen.

Historische Grenzziehungen: Schon im Anglo-Ägyptischen Sudan, also von 1899 an, als der Sudan ein Kondominium Großbritanniens und Ägypten war, wurden Verwaltungsgrenzen geschaffen, die der heutigen Nord-Süd-Grenze entsprechen.

Ressourcenkonflikt um Agrarflächen und Ölquellen: Im ariden Norden sind landwirtschaftlich nutzbare Flächen knapp. Ein weiterer Ressourcenkonflikt betrifft die seit 2003 erschlossenen Ölquellen.

Monopolisierung politischer Herrschaft: Umar Hasan Ahmad al-Baschir gilt als autoritärer Herrscher und sein Regime wird als islamisch-fundamentalistisch beschrieben. Entsprechend gering waren die Möglichkeiten politischer Partizipation.

Klimakrise: Im Verbund mit der Zunahme des Viehbestands sowie steigender Bevölkerungszahlen haben wiederholt Dürren zu einer Verknappung der Nahrungs- und Futtermittel geführt.

Neben dem Konflikt um die Autonomie / Separation des Südens gibt es noch zwei weitere innersudanesischen Krisenherde: Den Ostsudan und Darfur. Während der Konflikt im Ostsudan 2006 beigelegt werden konnte, dauert der Darfur-Konflikt an. Seit 2003 sind 4500 Dörfer zerstört worden. Die Zahl der Binnenflüchtlinge wird auf 2,7 Millionen geschätzt. Hinzu kommen je ca. 200.000 Flüchtlinge im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik.

Gute Kontakte bestehen zwischen dem Sudan und China. Aus dem Sudan bezieht China acht Prozent seiner Ölimporte.

Die Perspektiven sind unklar. Umar Hasan Ahmad al-Baschir wird nach einem Urteil des Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag im Zusammenhang mit dem Darfur-Konflikt als Kriegsverbrecher gesucht. Die Afrikanische Union forderte allerdings in einer Resolution dazu auf, den Haftbefehl zu missachten. Kleinwaffen chinesischer und weißrussischer Provenienz sind weit verbreitet.

Als Reaktion auf den Urteilsspruch in Den Haag hat al-Baschir im Jahr 2003 dreizehn internationalen Organisationen die Arbeit im Land verboten.

Aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen (Gesellschaft für bedrohte Völker, amnesty international) ist die Anklage gegen al-Baschir trotzdem zu begrüßen, sagt Dr. Schukalla (l.).



18.00 Uhr – Abschließende Auswertung des Seminartages und Ausblick

mit Marcos Antonio da Costa Melo und Marc Stefaniak (FUGe)

Afrika ist momentan en vogue: Insbesondere das mediale Interesse an dem vielfältigsten Kontinent erfährt einen sehr großen Aufschwung. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Interesse ernst gemeint ist und nicht nur auf der „WM-Laola-Welle“ surft, um anschließend unter ihr begraben zu werden! Einerseits zieht die in sechs Tagen beginnende Fußball-Weltmeisterschaft, die erstmals ein Land auf dem afrikanischen Kontinent ausrichtet, die Aufmerksamkeit der Sportbegeisterten auf sich. Andererseits steht immer öfter auch die „Entwicklungshilfe“ – zu einem bivalenten Schlagwort avanciert – und harsche Kritik an ihr im Mittelpunkt der Berichterstattung: „Warum die Helfer in Afrika versagen- Falsche Entwicklungshilfe behindert die Eigeninitiative in Afrika“, Spiegel online vom 23. Mai, oder „WM Südafrika: Entwicklungshelfer Fußball“, Magazin der Entwicklungspolitik Nr. 86 der Bundesregierung.

Erst einmal ist diese Entwicklung der Afrika-Wahrnehmung zu begrüßen, wenn es auch nur eine quantitative ist. Wir sehen darin die Notwendigkeit, aber auch die Chance, jetzt in die Offensive zu gehen und zu versuchen, auf die Qualität der Berichterstattung nicht nur einzufordern, sondern sie auch zu verändern, hin zu einem differenzierteren Bild des afrikanischen Kontinents und seiner aktuell 52 Länder und der Entwicklungszusammenarbeit. Eine große Aufgabe, deren Erfolg schwer zu erzielen ist. Und deshalb arbeiten wir auch, und das mit Ihnen/Euch zusammen, auf der anderen Seite der Medienwelt: Hier wünschen wir uns Leser, Zuschauer und Zuhörer, die kritisch mit der Berichterstattung umgehen, hinterfragen, verstehen wollen, sich in unterschiedliche Perspektiven begeben können und sich durch das mediale Einerlei weder irritieren noch leiten oder demotivieren lassen! Und wir wollen auch mithelfen, der medialen Welle neue Energie zu geben, damit aus dem aktuellen Interesse so etwas wie Verständnis, Zuversicht und Tatendrang erwachsen mag. Damit hatten wir bereits ein Ziel des Afrika-Seminartages formuliert. Kommen wir noch einmal auf die so genannte Entwicklungshilfe, denn auch das ist unser Thema.

Zunächst wäre anzumerken, dass es unglaublich zahlreiche Projekte verschiedener Dimensionen gibt. Einige sind erfolgreich und andere weniger erfolgreich; einige kirchlich und andere nicht-kirchlich, einige paternalistisch und andere partnerschaftlich, einige staatlich wie nicht-staatlich. Hinter dem Begriff „Entwicklungshilfe“ verbirgt sich also eine wahnsinnige Vielfalt von Kooperationsvorhaben.

Für uns, die diesen Tätigkeits- und Bildungsbereich zum großen Teil sehr gut kennen und selbst aktiv sind, muss immer möglich sein, auch eigene wie andere Projekte pragmatisch auf ihren Erfolg zu überprüfen, gar zu hinterfragen. Selbstkritik ist ein entscheidendes Werkzeug. Implizit ist hier auch die Frage der Art und Weise der Umsetzung vor Ort, also die Konzeption, und der Darstellung nach außen in Frage zu stellen. Viele Projekte haben hier ihre Achillesferse!

Wir wollen also, so kann unser Ziel formuliert werden, selbstkritische Betrachtung und Reflexion anregen und dazu nach Möglichkeit unsere demokratische Basis stärken. Während unseres Afrika-Seminars 2009, in dem wir uns mit dem „Bild von Afrika“ beschäftigt haben, wollten wir auf die Fähigkeit zum Perspektivwechsel hinarbeiten, insbesondere weg vom für Afrika fatalen Eurozentrismus. Nun haben wir 2010 politische Prozesse, insbesondere der Demokratisierung, und die Zivilgesellschaft einerseits als wichtigsten Faktor politischer Transformation und andererseits als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit näher betrachten können.

„Warum die Helfer in Afrika versagen“, an dieser Schlagzeile, eingangs zitiert, ist allerhöchstens die Pauschalierung, das durch sie ins Schwingen gerät, zu kritisieren. Darum sollten wir über eigene Projekte nachdenken und im ersten Schritt zu erkennen versuchen, warum die Hilfe in Afrika versagt.



Zuhörer/innen in der Einführungsrede (Foto l.) und Gespräche in den abschließenden Runden (Foto r.) mit Mireille Mayam Meyanga, Rahime Diallo und Werner Döpke

Zum Filmausschnitt “Alptraum im Fischerboot – Afrikas Flüchtlinge und Europas Fischereipolitik“ von Klaus Marten und Michael Grytz

mit Marcos Antonio da Costa Melo und Marc Stefaniak (FUGe)

„Das Gesicht eines erschöpften Mannes in Großaufnahme. Gestrandete Flüchtlinge aus Westafrika, die von kampierenden Touristen an einem kanarischen Strand notdürftig versorgt werden. Überbleibsel von Kleidungsstücken und Kochgeschirr in abgewrackten Holzbooten. Die Aufnahmen zu Beginn des Filmes zeugen vom Schicksal Zehntausender Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren die gefährliche Reise über den Atlantik angetreten sind. Viele haben die Überfahrt auf die beliebten Urlaubsinseln nicht überlebt.“

EZEF, www.gep.de/ezef/index_566.htm

Die Bilder von Flüchtlingen aus Afrika erreichten uns im Herbst 2005, als Tausende r Einwanderer aus Nordafrika über den Zaun der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla springen. Weitere Bilder sahen wir Mitte 2008, als Westafrikaner mit ihren Fischerbooten die Festung Europa, die touristischen Strände der Kanarischen Insel erreichen. Es ist ein Drama ohne Ende, ob auf der weiten See oder auf dem Kontinent. Während jahrelanger, unendlicher Torturen, es sterben seit Jahren Afrikaner auf dem Weg über viele Tausende von Kilometern, um dem europäischen Traum näher zu kommen. Dürre, Überschwemmung, politische Verfolgung und nicht zuletzt ungerechte Handelsbeziehungen, die eine Verarmung verursachen und Demokratisierungsprozesse erschweren, sind die wesentlichen Gründe für die rapide anwachsenden Flüchtlingsströme aus Afrika nach Europa. Die Zerstörung der Lebensbedingungen ist ein Teil der Kette von verflochtenen Ursachen für Armut.

Der Dokumentarfilm “Alptraum im Fischerboot“ von Michael Grytz und Klaus Martens geht die Ursachen der Flucht der afrikanischen Flüchtlinge n nach Europa auf den Grund. Sie konfrontieren in ihrem Fernsehfilm mit einem hochbrisanten Thema „Flüchtlinge aus Afrika und Europas Fischereipolitik“. Seit Jahrzehnten fischen europäische Trawler vor der Küste Westafrikas. Dies trägt dazu bei, dass den Menschen dort ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Seit Anfang 2007 überwacht die europäische Grenzsicherungsagentur „Frontex“ das westliche Mittelmeer und die Gewässer vor den Kanaren. Ihre Mitarbeiter greifen Flüchtlinge auf und bringen sie schnell in die afrikanischen Anrainerstaaten zurück. Die Zahl der Toten auf den Meeren würde dadurch nur noch steigen, warnen Kritiker. Denn diese militarierte Art der Flüchtlingsabwehr bewege die Bootsführer zu immer waghalsigeren Manövern, größeren Umwegen und längeren und gefährlicheren Routen. 70 Millionen Euro wurden in der Haushaltsvorlage der EU 2009 für die Abwehr der illegalen Einwanderer veranschlagt.

Man schätzt ein, dass 10.000 Menschen in den Jahren 1997-2002 zwischen Spanien und Marokko ums Leben kamen, als sie nach Europa fliehen wollten. Manche Flüchtlinge glaubten, sie könnten die Meeresenge durchschwimmen. Ein tödlicher Irrtum. Andere dachten, sie könnten in kleinen Ruderbooten gegen die enorme Strömung ankämpfen – sie trieben aufs offene Meer hinaus. Viele schafften es mit letzter Kraft nach Spanien, mehr tot als lebendig.

Sind diese Menschen nun „selbst schuld“, dass sie so waghalsige Überfahrten riskierten? Dies war die Ausgangsfrage bei der Diskussion über den Film, um die Gründe der waghalsigen Fahrten zu verstehen. Die Diskussion hat dazu beigetragen, dass man beim Verständnis von Demokratisierungsprozessen in Afrika sehr genau wirtschaftliche Macht und Handelsinteresse in die Analyse einbeziehen muss.



„Die Gewässer vor dem Senegal sind längst überfischt. Verantwortlich dafür sind nicht nur die immensen Fangquoten subventionierter EU-Kutter, sondern auch aggressive Fangmethoden und illegale Fischerei. Aufnahmen auf einem chinesischen Trawler zeugen von den Tonnen an unerwünschtem Beifang, der als Abfall tot wieder ins Meer geworfen wird. Der gesamte illegale Fang wird direkt auf hoher See an ein spanisches Schiff übergeben und landet so wieder auf den Märkten Europas. Die Kamera ist live mit dabei, als der Deal abgewickelt wird.“

EZEF, www.gep.de/ezef/index_566.htm